

RATS Kompass

AUSGABE #1|2018

Beschönigte Realität: Der Armutsbericht der Stadt erhebt unvollständige Daten und liefert dennoch alarmierende Ergebnisse ...

↳ Seite 3

Verschlossene Türen: Die neue Drogenhilfestation am Hauptbahnhof hat bisher nur von montags bis freitags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet, obwohl Bedarf rund um die Uhr besteht ...

↳ Seite 4

Belastender Verkehr: Ein Antrag zur Erarbeitung eines ökologischen Verkehrskonzeptes für die Wasserstadt Limmer führt zur Einbeziehung der EinwohnerInnen in die weitere Planung ...

↳ Seite 6

Fragliche Wirtschaftlichkeit: Mit einer Veranstaltung zu sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften eröffnet die Gruppe LINKE & PIRATEN die Debatte über alternative Finanzierungswege für die städtische Infrastruktur ...

↳ Seite 7

Aktive Bezirksratsmitglieder: Mit zahlreichen Ideen von der Errichtung einer Open-Air-Bühne über Elektro-Ladesäulen in Wohngebieten bis zu besseren Online-Services in Hannover bringen LINKE und PIRATEN Schwung in die politische Debatte vor Ort ...

↳ Seiten 8 bis 10



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Gruppe LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt hat gerade ihr erstes Jahr hinter sich - wir feiern Geburtstag. Nelson Mandela hat einmal gesagt: „Wir sind alle dafür bestimmt zu leuchten.“ Ob die Politik der Ratsgruppe leuchtet, das müssen Sie entscheiden.

Wir engagieren uns jedenfalls nach Kräften für ein soziales Hannover und eine moderne und bürgerInnennahe Schul- und Bildungspolitik, um nur zwei Schwerpunkte unserer Arbeit zu nennen. Auch wenn das Ampelbündnis aus SPD, Grünen und FDP viele unserer Anträge ablehnt, legen wir den Finger in die Wunden der herrschenden Stadtpolitik und zeigen Alternativen auf. So kann man auch aus der Opposition heraus auf Dauer nachhaltig Dinge verändern.

Mit der zweiten Ausgabe des RATS-KOMPASS möchten wir Sie über unsere Arbeit für die Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt und über Neues und Bemerkenswertes aus dem Rathaus informieren.

Abgesehen vom eher amüsanten und skandalösen Streit um Kulturstadtrat Harald Härke hat sich in dieser ersten Zeit der neuen Ratsperiode einiges

getan. Die Pappbecherflut wurde auf unseren Antrag hin in unserer Stadt erfolgreich eingedämmt. Mit dem biologisch abbaubaren nachhaltigen *Hannoccino*-Becher aus Baumrinde geht die Landeshauptstadt Hannover auf unser Bestreben ganz neue und erfolgreiche Wege.

Hannover will Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2025 werden und zugleich das erfolgreiche und sehr beliebte Veranstaltungszentrum *Béi Chéz Heinz* im Keller des Fössebadens in Linden-Limmer schließen. Wir haben darüber mit Geschäftsführer Jürgen Grambeck gesprochen. Im Interview fühlt er den Stadtoberen auf den Zahn.

Obwohl viele hannöversche Schwimmbäder marode oder teilweise geschlossen sind und die LebensretterInnen von der *DLRG* seit langem davor warnen, dass immer weniger Menschen schwimmen lernen, steigen gegen unseren Widerstand die Eintrittspreise für die städtischen Hallen- und Freibäder teilweise um mehr als ein Drittel (siehe rechte Seite unten).

Das Ampelbündnis setzt verstärkt auf sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP), um die Sanierung und den Neubau von Schulen und Schwimmbädern zu bezahlen. ÖPP ist wegen hoher Kosten und Intransparenz in Verruf geraten. Ob das beim hannöverschen ÖPP-Modell auch so ist, haben wir mit Fachleuten auf einer Veranstaltung im Rathaus diskutiert. Lesen Sie dazu den Bericht auf Seite 7.

Obwohl der Armutsbericht der Stadt (siehe rechte Seite oben) die Realität aufgrund unvollständig erhobener Daten beschönigt, liefert er alarmierende Ergebnisse. Statt auf schwarze Sheriffs - die sollen Suchtkranke, BettlerInnen und Obdachlose von der Straße vertreiben, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen - setzen wir auf soziale Projekte zur Betreuung und Unterbringung von Menschen, die auf den Straßen leben müssen (siehe Seite 4).

Um dem zu erwartenden anschwellenden Autoverkehr durch die Bebauung des ehemaligen Conti-Geländes in Limmer Herr zu werden, setzt sich die Bürgerinitiative Wasserstadt-Limmer seit langem für ein Stadtteilverkehrskonzept ein. LINKE & PIRATEN haben es geschafft, dass die Stadt nun die EinwohnerInnen an der Entwicklung eines Verkehrskonzepts beteiligt.

Auf Antrag unserer Ratsgruppe erhält die Brennpunktschule Peter Ustinov in Ricklingen zwei Bildungslots(inn)en, die Romakindern und Arabisch sprechenden Kindern helfen, erfolgreich am Schulunterricht teilzunehmen.

Weitere Meldungen aus dem Rat und den zum Glück immer wichtigeren Bezirksräten runden die Berichterstattung ab.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und im Namen der Gruppe LINKE & PIRATEN einen erfolgreichen Start ins gerade begonnene Jahr. Mögen Ihre Vorsätze und Wünsche in Erfüllung gehen! Wir danken Ihnen für Ihre vielen Zuschriften und Ihre Anregungen zu unserer Ratspolitik und wünschen Ihnen ein frohes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018!

Ihr
Bruno Adam Wolf (Pirat)

stellv. Gruppenvorsitzender
LINKE & PIRATEN
im Rat der Landeshauptstadt

„Armutsbericht der Stadt beschönigt Realität“



„Die tatsächliche Armut ist in unserer Stadt viel größer, weil der Armutsbericht nicht die vielen Geringverdienerinnen und Geringverdiener erfasst, die zwar mehr haben als Hartz IV, aber zu wenig zum Leben.“

Veli Yildirim (LINKE),
Sozialpolitiker der
Ratsgruppe

Die Gruppe LINKE & PIRATEN kritisiert den von der Verwaltung vorgelegten Armutsbericht 2017 für die Landeshauptstadt als unvollständig, weil darin nur die Beziehenden von staatlichen Hilfen aufzählen. Zu diesen sogenannten Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zählen Hartz IV, Sozialhilfe oder die Grundsicherung im Alter. Der Bericht soll über die Armutsentwicklung in Hannover und in den Stadtteilen informieren.

„Die offiziellen Zahlen beschönigen die Realität, weil die vielen Geringverdienerinnen und Geringverdiener nicht erfasst worden sind“, bemängelt Sozialpolitiker Veli Yildirim (LINKE). „Die haben zwar mehr als Hartz IV, aber zu wenig zum Leben, weil ihr Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt.“ Das ist dann der Fall, wenn die Betroffenen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte auskommen müssen. Laut EU-Statistikbehörde Eurostat liegt die Armutsschwelle für einen allein lebenden Bundesbürger derzeit bei 1033 Euro im Monat.

ArmutsforscherInnen reicht selbst das nicht, um die Armut abzubilden. Mehr als das Einkommen zählten in einem reichen Land das Gefühl des Statusverlusts und die Angst vor Armut, heißt es in der „Vermächtnisstudie“ des Wissenschaftszentrums Berlin, dem die renommierte Soziologin Jutta Allmendinger als Präsidentin vorsteht. Deshalb fühlten sich deutlich mehr Menschen arm als die offiziellen Statistiken aussagten.

Kinderarmut besonders hoch

Trotz der unvollständigen Datenlage liefert der Armutsbericht der Landeshauptstadt

alarmierende Ergebnisse. So klappt die Schere zwischen Arm und Reich in Hannover extrem weit auseinander. Während in Mühlenberg, Hannovers ärmstem Stadtteil, mit 46 Prozent fast die Hälfte aller EinwohnerInnen arm ist, sind es in Isernhagen-Süd nur 1,5 Prozent. In Vahrenheide, derzeit zweitärmster Stadtteil Hannovers, liegt die Armutsquote bei 38 Prozent, gefolgt vom Sahlkamp mit 30 Prozent.

Auch die Armut von Kindern bis 17 Jahre ist beim traurigen Spitzenreiter Mühlenberg mit 69 Prozent besonders groß, gefolgt von Vahrenheide mit 46 Prozent. Erschreckend sind auch die vielen Alleinerziehenden, die von Armut betroffen sind. Meist handelt es sich um alleinerziehende Mütter. Jede zweite Alleinerziehende muss in Hannover dem Bericht zufolge ergänzend oder ausschließlich mit Staatsgeld über die Runden kommen.

Vor diesem Hintergrund erneuert die Ratsgruppe die alte Forderung, den HannoverAktivPass auch an GeringverdienerInnen auszugeben und um lebensnotwendige Leistungen wie Sozialtarife für Strom und Gas zu erweitern.

Schwimmbadbesuche werden deutlich teurer



„Die deutliche Erhöhung der Bäderpreise ist unangemessen und trifft in erster Linie die, die sich keinen Urlaub leisten können und deshalb auf erschwingliche Schwimmbadbesuche angewiesen sind.“

Andre Zingler (LINKE),
Sportpolitiker
der Ratsgruppe

Obwohl viele hannöversche Bäder teilweise geschlossen oder marode sind, wurden die Eintrittspreise für die städtischen Hallen- und Freibäder am 1. Januar 2018 teilweise um mehr als ein Drittel erhöht. Das beschlossen die PolitikerInnen im Rat gegen die Stimmen von LINKEN & PIRATEN. HannoveranerInnen müssen etwa für eine Halbjahresdauerkarte für alle Bäder von 2018 an 175 Euro statt bisher 130 Euro zahlen. Die Familiendauerkarte schlägt mit 240 Euro statt bisher 180 Euro zu Buche. Eine Einzelkarte kostet 4,50 Euro statt 3,50 Euro. Auch alle ermäßigten Eintrittskarten werden drastisch teurer. So kosten beispielsweise ermäßigte Einzeltickets künftig 2,80 Euro statt 2,20 Euro, eine satte Erhöhung um 27 Prozent. Auch Schwimmkurse und alle anderen Angebote steigen kräftig im Preis. Im Nord-Ost-Bad

etwa kostet ein Besuch der Sauna künftig 41 Prozent mehr, kassiert werden nun 14 Euro statt bisher 9,90 Euro.

Einen Antrag von LINKEN & PIRATEN, Bäderpreise frühestens anzuheben, wenn das Fössebad in Limmer und das Misburger Bad neu gebaut sind, lehnten die Ratsvertreter fast aller anderen Parteien ab. Im Antrag der Ratsgruppe wird außerdem gefordert, die ermäßigten Eintrittskarten von den Preiserhöhungen auszunehmen und den Berechtigtenkreis um KollegeschülerInnen zu erweitern. Höhere Preise für Schwimmkurse seien kontraproduktiv, weil immer weniger Menschen schwimmen lernten, heißt es im Gruppenantrag. Die LebensretterInnen von der DLRG warnen seit langem davor.

Drogenhilfestation am Hauptbahnhof soll rund um die Uhr öffnen



„Sucht hält sich nicht an Öffnungszeiten und kennt kein Wochenende.“

Bruno Adam Wolf (PIRATEN), Bildungs- und Umweltpolitiker der Ratsgruppe

Die neue Drogenhilfestation *Stellwerk* am Hauptbahnhof soll nach dem Willen von LINKEN & PIRATEN rund um die Uhr öffnen, auch samstags sowie an Sonn- und Feiertagen. Aktuell hat die neue Hilfestation nur an fünf Werktagen zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. „Sucht hält sich nicht an Öffnungszeiten und kennt kein Wochenende“, begründet der stellvertretende

Gruppenvorsitzende Bruno Adam Wolf (PIRATEN) den Antrag. „Ist die Drogenhilfestation geschlossen, sind die Suchtkranken gezwungen, andere Orte in der Stadt aufzusuchen.“

In jüngster Zeit gab es vermehrt Berichte, wonach sich Süchtige vor allem nachts in Parkhäusern der Innenstadt aufhalten und dort Drogen konsumieren. Auch wenn alle anderen Parteien den Antrag im Sozialausschuss ablehnten – ganz ohne Wirkung blieb er nicht: Das Ampelbündnis aus SPD, Grünen und FDP lässt nun von der Verwaltung prüfen, ob Bedarf an längeren Öffnungszeiten besteht.

Das *Stellwerk* ist in einem Neubau untergebracht und ersetzt die beiden bisherigen Drogenhilfsangebote *Café Connection* und *Fixpunkt*. Suchtkranke können dort unter hygienischen Bedingungen Drogen konsumieren und bekommen Hilfe, um aus der Sucht herauszukommen.

Aus Sicht der Ratsgruppe ist das Geld für eine 24-Stunden-Betreuung aber auch aus

einem anderen Grund gut angelegt: „Dann kann der Oberbürgermeister sich und uns sein neues Sicherheits- und Ordnungskonzept ersparen“, sagt Bruno Adam Wolf. „Die bestehenden Sicherheitskonzepte der Stadt funktionieren.“ Mit der zusätzlichen städtischen Ordnungstruppe und 38 neuen Stellen will der Oberbürgermeister erreichen, dass sich die Menschen im Angesicht von Armut im Stadtbild sicherer fühlen. Die OrdnungshüterInnen dürfen Platzverweise erteilen, Bußgeld kassieren, Identitäten feststellen und Kleidung durchsuchen. Der Rat gab schon grünes Licht.

„Das Geld wäre für mehr Personal in der Drogenhilfe und anderen sozialen Projekten besser angelegt“, betont Wolf und denkt dabei auch an Obdachlose. „Das ist nicht nur im Winter auch eine Frage der Menschlichkeit. Wir müssen den Ärmsten der Gesellschaft helfen von der Straße wegzukommen. Das Problem der gefühlten Unsicherheit löst sich dann von alleine.“

PolitikerInnen wollen mehr TouristInnen in die Stadt locken



Logo: Städtebund DIE HANSE

Die Verwaltung soll die Kosten und den Nutzen einer Mitgliedschaft Hannovers im internationalen Städtebund *DIE HANSE* prüfen. Das beschloss der Rat auf Initiative der Gruppe LINKE & PIRATEN. Im Gegensatz zur historischen Handels- und späteren Städtehase, die vor allem ihre Kaufleute vor Ungesetzlichkeit und Willkür im Ausland schützte, soll das zeitgenössische Hanse-Netzwerk den Austausch fördern und vor allem TouristInnen in die Städte locken.

„Wir halten für sinnvoll, dass Hannover auch mit anderen Highlights als nur der Messe in Verbindung gebracht wird“, sagt die Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE). „Eine Mitgliedschaft im interna-

tionales Hanse-Netzwerk könnte auch an die historische Erfahrung anknüpfen, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht in nationaler Isolation oder der Beharrung auf territorialen und kulturellen Grenzen zu suchen ist.“

Die Mitgliedschaft kostet jährlich 50 Euro. „Dieser Betrag ist eher eine symbolische Geste, für die unsere Stadt auch in kultureller Hinsicht viel bekommen kann“, unterstreicht Falke. Mitglied der heutigen Hanse können Städte werden, die der historischen Hanse angehörten, ihr zugewandt waren oder in denen sich längere Zeit hanseatische Kontore oder Niederlassungen befanden. Dem 1980 ins Leben gerufenen neuzeitlichen Hanse-Netzwerk gehören mittlerweile fast 200 Städte aus 16 europäischen Ländern an.

Kältebus nach Berliner Vorbild soll Obdachlosen helfen



Die Ratsgruppe hat beantragt, in Zusammenarbeit mit der Diakonie und der evangelischen Kirche einen Kältebus für Obdachlose nach Berliner Vorbild einzuführen. Dieser soll in der kalten Jahreszeit täglich zwischen 19 Uhr abends und 3 Uhr morgens die Übernachtungsplätze anfahren und den Wohnungslosen neben heißen Getränken und einer warmen Mahlzeit auch Raum zum Aufwärmen bieten. In Hannover gibt es zwar schon einen Kältebus der Johanniter und der Diakonie. Dieser steuert aber nur zweimal in der Woche die Hauptübernachtungsplätze in der Innenstadt an. Die Obdachlosen

erhalten Decken und eine heiße Suppe. „Das reicht nicht aus“, sagt der Sozialpolitiker Veli Yildirim (LINKE). Für einen effektiven Erkältungs- und Erfrierungsschutz müsse man den Obdachlosen auch einen beheizten Raum zum Aufwärmen bereitstellen. Das könne der Kältebus nach Berliner Vorbild leisten.

In Berlin fahren nicht nur täglich zwei Kältebusse zu den Obdachlosen, die aus eigener Kraft keine Notunterkunft erreichen. Die Wohnungslosen können sich in den Bussen aufwärmen, erhalten heißen Tee und Schlafsäcke. Nach Gesprächen folgt bei Bedarf eine Fahrt zur Notunterkunft.

Stadt macht StraßenmusikerInnen das Leben schwer



Straßenmusik auf öffentlichen Plätzen bedarf künftig einer Genehmigung. Das hat der Rat gegen die Stimmen von LINKEN & PIRATEN beschlossen. Eine Ausnahme sind einige Plätze in der City, Oststadt und List, auf denen das Musizieren nach wie vor ohne städtische Erlaubnis möglich ist. Dagegen geht etwa auf dem Opernplatz, rund um die Marktkirche oder an der Goseriede künftig ohne Genehmigung nichts mehr. Beschlossen wurden weitere Einschränkungen: Straßenmusik ist nur noch zwischen 12 Uhr und 19.30 Uhr erlaubt und darf nicht länger als 30 Minuten dauern. Nur noch maximal vier MusikerInnen dürfen als Quartett zusammen auftreten. Ein Ordnungsdienst soll dafür sorgen, dass die Vorschriften eingehalten werden. Die Ratsgruppe versuchte, die Genehmigungspflicht abzuwenden und wollte die



„Das passt überhaupt nicht zum UNESCO-Titel ‚city of music‘, mit dem sich Hannover seit drei Jahren schmücken darf.“

Brigitte Falke (LINKE),
Finanz- und
Wirtschaftsministerin
der Ratsgruppe

Musizierzeiten mindestens auf den Zeitraum von 8 bis 20 Uhr ausgeweitet sehen. Zudem beantragte sie die Zulassung auch von Quintetten und Sextetten, weil Musikensembles mit bis zu sechs Personen gang und gäbe sind. Den entsprechenden Ratsantrag lehnten alle anderen Parteien in allen Punkten ab. „Dieser Beschluss passt überhaupt nicht zum UNESCO-Titel ‚City of Music‘, mit dem sich Hannover seit drei Jahren dank seiner bunten Musikszene schmücken darf“, kritisiert Ratsfrau Brigitte Falke (LINKE). Straßenmusik biete unbekanntem MusikerInnen zudem die Chance, bekannt zu werden. Ein Beispiel sei *The Kelly Family*, deren zahlreiche Mitglieder früher gemeinsam auch in Hannover ihre Folk- und Popkünste als Straßenmusik dargeboten haben.

Stadt soll EinwohnerInnen am Verkehrskonzept beteiligen



Um dem zu erwartenden answel-
lenden Autoverkehr durch die Be-
bauung des ehemaligen Conti-Geländes
in Limmer Herr zu werden, setzt sich die
Bürgerinitiative Wasserstadt-Limmer seit
langem für ein Stadtteilverkehrskonzept
ein. Schon heute führt der Durchgangsver-
kehr auf der Wunstorfer Straße, es handelt
sich um die Bundesstraße 441, und auf der
Zimmermannstraße zu erheblichen Bela-
stungen für die AnwohnerInnen sowie zu
Staus an der Auffahrt auf den Westschnell-
weg. Wenn nichts passiert, werden sich
die Probleme durch die Zunahme der Ein-
wohnerInnenzahl verschärfen. Zwischen
1.600 und 1.800 Wohnungen sollen auf
der Brache der alten Reifenfabrik zwischen
Leineabstiegskanal und Stichkanal Linden
entstehen.

Die Gruppe LINKE & PIRATEN beantragte
deshalb im Bauausschuss, ein ökologisches
Verkehrskonzept für die Wasserstadt unter
Einbeziehung der Ideen und Vorschläge
der EinwohnerInnen vor Ort zu erarbeiten.
Darauf wollte sich das Ampelbündnis aus
SPD, Grünen und FDP zwar nicht eins zu

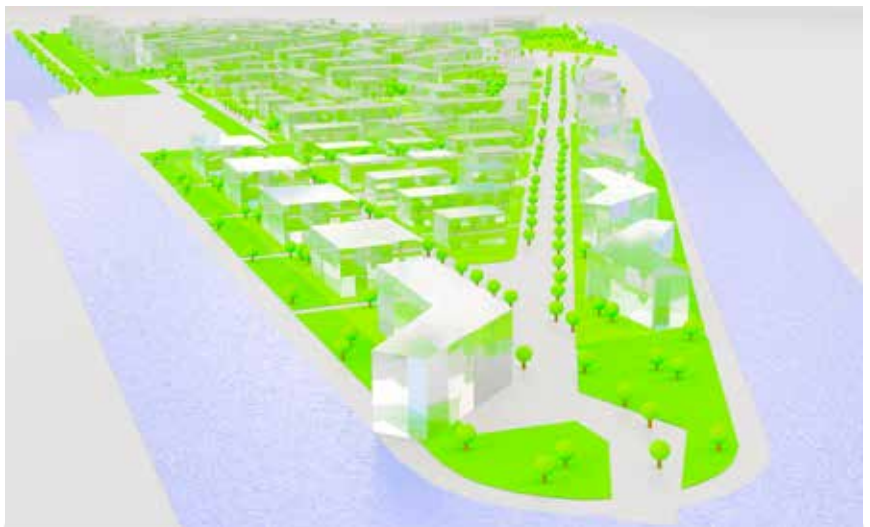
eins einlassen, schlug aber einen Betei-
ligungsprozess vor. Danach soll die Verwal-
tung die geplanten Verkehrsmaßnahmen
in und um Limmer vor Ort vor-
stellen und mit den
EinwohnerInnen
besprechen.
„Die Verwal-
tung muss sich
ernsthaft mit
den Vorschlägen
der Bürgerinitiative
auseinandersetzen“, fordert
Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE). „Uns geht es
vor allem um die Entlastung der
Wunstorfer Straße. Das kann
durch die Umwidmung zur Ge-
meindestraße geschehen, da-
mit die Stadt den Verkehr mit
geeigneten Maßnahmen beruhi-
gen kann.“



**„Die Verwal-
tung muss sich
ernsthaft mit
den Vorschlägen der
Bürgerinitiative aus-
einandersetzen. Vor
allem der Autoverkehr
auf der Wunstorfer
Straße muss weniger
werden.“**

Dirk Machentanz (LINKE),
Vorsitzender und
Baupolitiker
der Ratsgruppe

Das ist auch eine der Forderungen der
Bürgerinitiative (siehe Kasten unten). Sie
kritisiert darüber hinaus wie die Ratsgrup-
pe ein bisher auf dem Tisch liegendes
Verkehrsgutachten zur Wasserstadt als
unzureichend. Die Gutachter sagten nichts
zur Frage, wie dem Durchgangsverkehr
beizukommen sei, und
setzten vor allem auf
Bau von Straßen, so
die Bürgerinitiative. Der
vorgeschlagene sack-
artige Stadtbahnzweig
lasse große Teile der
Wasserstadt dauerhaft
ohne Anbindung an den
Öffentlichen Nahverkehr
und verschlechtere die
Anbindung von Ahlem
mit der Stadtbahn.



Forderungen der Bürgerinitiative Wasserstadt-Limmer

- Umwidmung der B 441: Wunstorfer Straße wird Gemeindestraße, Carlo-Schmid-Allee wird Bundesstraße.
- Die im Verkehrsgutachten geplante Fußgänger- und Fahrradbrücke über den Stichkanal auch einspurig für den Bus bauen. Aus Ahlem kommend, könnte er über die neue Brücke einen Schlenker durch die Wasserstadt und weiter in die Innenstadt fahren.
- Je zwei überdachte abschließbare Fahrradstellplätze pro Wohnung.
- Trasse für Stadtbahn freigehalten und Stadtbahn nach Ahlem-Nord weiterführen.
- Wasserstadt durch schnellen Radweg mit der City und benachbarten Stadtteile verbinden.
- Bauabschnitte in der Wasserstadt an verkehrliche Voraussetzungen knüpfen: Dritter Bauabschnitt erst dann, wenn der Bus durchs Neubaugebiet fährt und eine schnelle Radewegeverbindung bereitsteht.
- Eisenbahnbrücke Wunstorfer Straße erneuern.
- S-Bahn-Anschluss für Wasserstadt prüfen.

Alternativlos? Veranstaltung hinterfragt „Öffentlich-Private Partnerschaften“

Über das Für und Wider sogenannter Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) haben Fachleute auf Einladung der Gruppe LINKE & PIRATEN am 7. Dezember 2017 vor rund 50 ZuhörerInnen im Rathaus diskutiert. Hintergrund ist die steigende Zahl solcher Projekte in Hannover, bei denen nicht mehr die Stadt Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder oder Feuerwehrgebäude saniert bzw. neu baut, sondern private Investoren.

Unter Moderation von Betriebswirtin Gerlinde Schermer (SPD-Mitglied und ehemals im Berliner Abgeordnetenhaus) debattierten Philosoph Dr. Werner Rügemer (Publizist und bekennender ÖPP-Kritiker), Volkswirt Dr. Patrick Schreiner (Mitarbeiter des ver.di-Bundesvorstandes) und Politikwissenschaftler Dr. Axel von der Ohe (seit Juli 2017 Finanzdezernent in Hannover). Der Wahlbeamte mit SPD-Parteibuch verteidigte für die Stadtverwaltung das Instrument ÖPP angesichts der Direktive des Bundes zur „Schwarzen Null“, die auch Hannover zur Vorlage eines rechnerisch ausgeglichenen Haushalts verpflichtet: „ÖPP-Projekte sind für uns wegen der Generallinie ‚Keine Netto-Neuverschuldung‘ eine Finanzierungsalternative“, so von der Ohe, „aber auch eine Realisierungsalternative. Wir haben viel zu wenig Personal, um die anstehenden Investitionen in die städtische Infrastruktur allein zu wuppen.“ Eine



„Private Beratungsunternehmen, die die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten für die Kommunen berechnen, gehören zur ÖPP-Lobby, weil sie mit ÖPP-Projekten Geld verdienen.“

Dr. Werner Rügemer
Publizist und Philosoph,
Gründungsmitglied
Initiative „Gemeingut in
BürgerInnenhand“

breite Ratsmehrheit von SPD bis CDU, von Grünen bis FDP folgt diesem Verwaltungsweg, ohne ernsthaft nach Alternativen zu suchen.

Derzeit zerfallen Schulen in Hannover und werden dennoch teils nur notdürftig saniert. Auch der Zustand öffentlicher Schwimmbäder sowie städtischer Gebäude ist mancherorts erbarmungswürdig. Beim maroden Misburger Bad endete ÖPP gar



„ÖPP-Projekte sind für uns eine Finanzierungsalternative, aber auch eine Realisierungsalternative.“

Dr. Axel von der Ohe
Finanz- und
Ordnungsdezernent
der Landeshauptstadt
Hannover

mit einem finanziellen Desaster, da es von einem privaten Betreiber kaputt „saniert“ wurde, der dafür auch noch 11,3 Millionen Euro von der Stadt kassierte. Von der Ohe sagte dazu, so etwas könne heute nicht mehr passieren, da die Stadt nun den Betrieb, die Instandhaltung und das Eigentum an den Gebäuden bei sich behalten würde.

Gewerkschafter Schreiner sah das skeptisch und stellte grundsätzlich die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten in Frage. Diese würden für die Stadt teurer, als wenn sie selbst bauen lasse. Schließlich erhielten private Investoren schlechtere Kreditkonditionen bei Banken und wollten zudem eine Rendite einstreichen. „Wir haben wiederholt von ÖPP-Projekten Abstand genommen, weil die Kostenvorteile gegenüber konventioneller Eigenfertigung nicht gegeben waren“, entgegnete der Finanzdezernent.

Die entscheidende Frage, wer in welchem Auftrag und vor allem mit welchem Ziel eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erstellt, ließ von der Ohe unter Verweis auf Geschäftsge-



„Transparenz wird man bei ÖPP-Projekten nie erreichen, weil in der Natur der Sache liegt, dass das geheim sein muss.“

Dr. Patrick Schreiner
Volkswirt, Mitarbeiter
ver.di-Bundesvorstand,
Bereich
Wirtschaftspolitik

heimnisse auch auf mehrmalige Nachfrage offen. „Beratungsfirmen gehören zur ÖPP-Lobby, weil sie mit ÖPP-Projekten Geld verdienen“, kommentierte Rügemer. Ein weiteres Problem seien finanzielle Nachforderungen der Investoren.

Im Zusammenhang gab es auch Kritik an den geheimen ÖPP-Vertragswerken. „Wir stellen das an Transparenz her, was möglich ist“, so der Stadtkämmerer. Die zusätzliche Verschuldung durch ÖPP-Projekte werde im städtischen Haushalt ausgewiesen.

Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE) geht auf Distanz: „Wegen mangelhafter Transparenz und der ungeklärten Fragen bei der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist auch das hannöversche ÖPP-Modell für uns nicht tragbar. Zwar spricht der Finanzdezernent hier von einer Realisierungsalternative, aber für uns als Ratsgruppe sehe ich als Alternative nur eine Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft.“

Die im Zweifel unkalkulierbaren finanziellen Risiken für die Stadt beim ÖPP-Modell seien im Gegensatz zu Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaften (ÖÖP) so nicht akzeptabel, selbst wenn die Risiken nachträglicher Preiserhöhungen bei ÖPP-Projekten laut dem Stadtkämmerer meist geringer ausfallen als bei eigenen Bauprojekten, attestiert der stellvertretende Gruppenvorsitzende Bruno Adam Wolf (PIRATEN).

Buchholz-Kleefeld: Online-Service in Hannover muss besser werden



„Was beim Finanzamt klappt, muss auch bei der Stadt möglich sein.“

Dr. Christopher Carlson
(PIRATEN),
Bezirksratsherr
Buchholz-Kleefeld

Um EinwohnerInnen unnötige Behördengänge zu ersparen, hat Bezirksratsherr Christopher Nils Carlson (PIRATEN) in Buchholz-Kleefeld beantragt, jeden Onlineservice der Stadt zu erweitern und zu verbessern. Damit das klappt, solle die Stadt die rechtlichen Hürden für ihre Dienste nicht höher legen als bei üblichen Onlinediensten von Banken und Versicherungen, heißt es im Antrag des Piratenvertreters mit Verweis auf Estland. Dort funktionierten mehr als 99 Prozent der rund 2.400 Staatsservices online. Anders bisher in Hannover. EinwohnerInnen müssen Nachweise wie Bescheide und Urkunden fast immer in Papierform einreichen. Wer etwa das Elterngeld beantragt, muss

sich bei einer Behörde eine papierene Geburtsurkunde besorgen und diese an ein anderes Amt weitergeben. Mit dem Ausbau der Onlineservices wäre nicht nur das passé. Unnötige Wartezeiten entfielen, und alle Dienste der Stadt wären rund um die Uhr nutzbar. Besonders profitieren würden mobilitätseingeschränkte EinwohnerInnen, für die auch der kürzeste Weg zum Bürgeramt um die Ecke immer noch zu beschwerlich ist. Die Finanzämter sind schon weiter. Die meisten EinwohnerInnen können ihre Einkommenssteuererklärung auch online abgeben. „Was beim Finanzamt klappt, muss auch bei der Stadt möglich sein“, ist Christopher Carlson überzeugt.

Bothfeld-Vahrenheide: Verwaltung soll Errichtung einer Open-Air-Bühne prüfen

Um vor allem den vielen Stadtteilfesten eine professionelle Bühne zu geben und zugleich den zeitlichen Aufwand für Auf- und Abbau deutlich zu verringern, hat LINKEN-Bezirksratsherr Heval Yilmaz beantragt, eine Open-Air-Bühne in Bothfeld oder Vahrenheide zu errichten. Von Vorteil wäre die Bühne auch für Kinder und Jugendliche, die so ihre Kreativität entfalten könnten, begründet Yilmaz seinen Antrag. Auch

Schulen, Vereine, Stadtteiltreffs und andere Einrichtungen würden profitieren, weil viele künstlerische Darbietungen kaum in anzumietenden Räumen realisierbar seien. Der Antrag fand im Stadtbezirksrat eine große Mehrheit. Nun muss die Verwaltung die Errichtung einer Open-Air-Bühne prüfen und die Bezirks-PolitikerInnen über entstehende Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten informieren.

Herrenhausen-Stöcken: Bernd Janischowsky neuer stellvertretender Bezirksbürgermeister



Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (li.) gratuliert Bernd Janischowsky (re.) zu seiner Wahl.

Bernd Dieter Janischowsky (LINKE) ist zum neuen stellvertretenden Bezirksbürgermeister in Herrenhausen-Stöcken gewählt worden. Der 58-Jährige konnte sich im ersten Wahlgang gegen eine Mitbewerberin von den Grünen durchsetzen, die von der CDU unterstützt wurde. Janischowsky

tritt damit die Nachfolge von Sabine Daniels an, die aus Hannover weggezogen ist. Der bekennende Katholik will sich neben seinen repräsentativen Aufgaben vor allem für soziale und friedenspolitische Themen im Stadtbezirk engagieren sowie die Stadtkultur fördern.

Misburg-Anderten: Elektro-Ladesäulen in die Wohngebiete



Ladesäule für Elektrofahrzeuge am Rathaus

Wohnhäuser mit drei Geschossen und mehr sollen künftig Ladesäulen für Elektrofahrzeuge erhalten. Das beschloss der Bezirksrat Misburg-Anderten einstimmig auf Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN. Die Verwaltung solle die Einrichtung von E-„Zapfsäulen“ bei der Aufstellung von Bebauungsplänen berücksichtigen, heißt es im Antrag. Die KommunalpolitikerInnen wollen so ein dichtes Ladenetz im Stadtbezirk schaffen. Der Volkswagenkonzern geht davon aus, dass schon im Jahr

2025 eine Million Elektroautos verkauft werden. Fünf Jahre später könnte jedes zweite Fahrzeug auf deutschen Straßen mit einem Elektromotor unterwegs sein, so die Autobauer aus Wolfsburg. „Darauf wollen wir vorbereitet sein“, sagt LINKEN-Bezirksratsherr Hans-Herbert Ullrich. Die Nachfrage nach Ladesäulen für Elektroautos werde zu Beginn eher moderat steigen, dann aber rasant zunehmen, vermutet PIRATEN-Bezirksratsfrau Jennifer Schnelle.

Linden-Limmer: Videoüberwachung besser kennzeichnen



„Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen erfahren, in welchen Bereichen sie nach Ansicht der Behörden besonders sicher sind.“

Thomas Ganskow
(PIRATEN),
Bezirksratsherr
Linden-Limmer

Um EinwohnerInnen über videoüberwachte Bereiche in Linden-Limmer besser zu informieren, hat PIRATEN-Bezirksratsherr Thomas Ganskow beantragt, diese Bereiche mit Farbe oder baulichen Markierungen anzuzeigen. Dann werde die Kameraüberwachung auch potenziellen StraftäterInnen bewusst und diene so zusätzlich der Prävention, heißt es im Antrag. Bisher sind die überwachten Areale nur mit Aufklebern vorzugsweise an Laternen gekennzeichnet. „Diese Kennzeichnungen geben keine Auskunft, wo genau die Aufzeichnungsbereiche beginnen und enden“, kritisiert Ganskow. Der Bezirksratsherr

will mit seinem Antrag auch die „gefühlte Sicherheit“ erhöhen – eines der Hauptargumente für den Einsatz von Kameras im öffentlichen Raum. „Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen erfahren, in welchen Bereichen sie nach Ansicht der Behörden besonders sicher sind“, betont er und freut sich über die mehrheitliche Zustimmung zu seinem Antrag in der Sitzung des Stadtbezirksrates am 8. November 2017. Die Polizeidirektion Hannover betreibt im Stadtbezirk Linden-Limmer bisher zwei Kameras, um – wie es heißt – gegen Kriminelle vorgehen zu können. Sie sind am Küchengarten und am Schwarzen Bär montiert.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08
Email: linke.piraten@hannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
Hendrik de Boer
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz

Peter-Ustinov-Oberschule: Bildungslotsen sollen Kindern helfen



Die Oberschule Peter Ustinov in Ricklingen ist mit Schulverweigerung konfrontiert.

Die Brennpunktschule Peter Ustinov in Ricklingen soll einen Bildungslotsen für Romakinder und einen für Arabisch sprechende Kinder erhalten, der ihnen in allen Fragen zur Seite steht. Das beschloss der Schul- und Bildungsausschuss einstimmig auf Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN. Hintergrund ist eine wachsende Zahl von SchülerInnen, die der Oberschule fernbleiben. Die BildungslotsInnen räumen nicht nur Sprachbarrieren zwischen Eltern, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, SchülerInnen und der Schulverwaltung aus dem Weg.

Die BetreuerInnen suchen die Kinder und Jugendlichen oft zu Hause in den Unterkünften auf, helfen beim Ausfüllen von Formularen und sind dann AnsprechpartnerInnen vor allem für die Eltern. Eine Bildungslotsin für die arabischsprachigen Kinder gab es schon einmal an der Schule. Als die Stelle gestrichen wurde, gingen die Flüchtlingskinder nach und nach nicht mehr zur Schule.

„Man darf Schulverweigerung nicht ohne den Blick auf die realen Lebensbedingungen dieser Kinder sehen“, sagte Schulausschussvorsitzender Bruno Adam Wolf

(PIRATEN). „Wer in einer Flüchtlingsunterkunft, einer Notunterkunft für Familien oder ähnlichem wohnen muss, denkt als letztes daran, wie er in die Schule kommt.“ Mehr als 90 Prozent der SchülerInnen an der Peter-Ustinov-Schule haben einen Migrationshintergrund. Rund 50 SchülerInnen sprechen Arabisch oder Bulgarisch, jeweils über 30 Rumänisch oder Romanes. Viele sind Roma, 15 von ihnen können weder lesen noch schreiben.

Für einen regelmäßigen Schulbesuch der Romakinder sind auch Transportprobleme zu lösen. Von den Romaunterkünften im Hainhölzer Burgweg ist die Peter-Ustinov-Schule nur nach einem 20-minütigen Fußweg plus einstündiger Fahrtzeit mit Öffis inklusive Umsteigen zu erreichen. Bruno Adam Wolf fordert deshalb, einmal am Tag einen Bus von den Romaunterkünften zur Oberschule nach Ricklingen fahren zu lassen, der die SchülerInnen nach Schulschluss auch wieder abholt. Außerdem gelte es, die Lebensbedingungen von Romakindern und weiteren, die mit ihren Eltern in prekären Unterkünften wohnen müssen, zu verbessern. Die Ratsgruppe sieht dringenden Handlungsbedarf, hier angemessenen Wohnraum zu schaffen.

Buchholz-Kleefeld: Linksfraktion im Bezirksrat nimmt ihre Arbeit auf



Bezirksbürgermeister Henning Hofmann (re.) verpflichtet Martin Teicher (li.).

Nach Anlaufschwierigkeiten ist nun auch DIE LINKE im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld mit Karsten Plotzki und Martin Teicher als Fraktion vertreten. Nachdem Irene Hagen ihr Mandat lange Zeit nicht ausgeübt und schließlich niedergelegt hatte, konnte Martin Teicher auf dem LINKEN-Ticket in die Bezirksvertretung einziehen. Der 54-jährige Diplom-Geograf engagiert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich in der Arbeitsgemeinschaft Demokratie des Präventionsrates Buchholz-Kleefeld und im Bürgerverein Kleefeld.

Der bisherige Einzelkämpfer und neue Fraktionsvorsitzende Karsten Plotzki freut sich über die Verstärkung, gibt es doch immer wieder genug zu tun im Bezirksrat. Sein Antrag, die Fahrradbügel vor der Grundschule im Kleefeld vom Fahrradweg zu entfernen und an geeigneter Stelle wieder aufzustellen, fand nicht nur eine Mehrheit.

Der Fall schaffte es bis ins NDR-Satiremagazin *extra 3* und sorgte als „realer Irrsinn“ bundesweit für Aufsehen. Damit eine solche Fehlinstallation nicht noch einmal passiert, fordert Plotzki von der Verwaltung, den neuen Standort für die Radlerbügel gemeinsam mit der Schule und engagierten BürgerInnen auszugucken. Er regt an, die Bügel auf einer Teilfläche des Schulparkplatzes aufzustellen. Diese könne man zu einem Fahrradhof herrichten, wie das auch an anderen Schulen im Stadtbezirk gemacht worden sei, erläutert er. Die Verwaltung favorisiert bisher zusätzliche Stellflächen am Schuleingang. Dem gemeinsam mit PIRATEN-Vertreter Christopher Carlson eingebrachten Antrag, die Verkehrssituation im Bereich Konrad-Lorenz-Platz/Nikolaas-Tinbergen-Weg/Winkelriede im Roderbruch übersichtlicher zu gestalten, gaben alle anderen Bezirks-PolitikerInnen einstimmig ihren Segen.

„Ampelbündnis muss Klarheit für die Menschen vor Ort schaffen!“

Rats-Rede von Dirk Machentanz zum Neubau des Fössebades ohne Außenbecken



„Natürlich begrüßen wir als LINKE und PIRATEN, dass nach vielen Jahren des Wartens der überfällige Neubau des Fössebades nun endlich in die Pötte kommt. Wir sind aber entsetzt darüber, dass die Verwaltung auf ein Freibad verzichten will und so an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil vorbeiplant. Inzwischen kann diese Tatsache auch das Ampelbündnis nicht mehr ignorieren und spricht in einem Änderungsantrag von einer Option, in einer nicht näher genannten Zukunft ein Freibad-Außenbecken quasi ‚nachzurüsten‘.

Meine Damen und Herren, das riecht stark nach einer Beruhigungspille, um den großen Unmut in Linden-Limmer zu kanalisieren. Denn wenn Sie, liebes Ampelbündnis, dieses Freibad nun offenbar auch für richtig halten, dann dürfen Sie einen solchen Beschluss doch nicht in die Zukunft schieben, weil wir jetzt über den Neubau des Bades reden. Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen und keine Beruhigungspillen verteilen. Setzen Sie heute insbesondere dem Stadtbezirk Linden-Limmer, aber auch allen anderen potentiellen Nutzerinnen und Nutzern des früher sehr beliebten Fösse-Freibades ein Zeichen: Beschließen Sie heute den Neubau des Fössebades mit einem Freibadbereich! Positiver Nebeneffekt: Die KollegInnen Gardemin und Langensiepen könnten sich dann weiter in Linden-Limmer blicken lassen.

Der angebliche Hindernisgrund ‚Geplanter Wohnungsbau‘ ist ein falsches Argument, weil dieser rechtlich nicht möglich ist. Und damit entfällt auch ein Grund für die geplante Schließung des alternativen Veranstaltungszentrums *Béi Chéz Heinz*.

Auch hier sind wir nämlich anderer Auffassung als das Ampelbündnis. Wir haben uns von Anfang an für den Erhalt des Musikclubs im Keller des Fössebades eingesetzt. Daran hat sich nichts geändert. Stattdes-

sen schlägt das Ampelbündnis vor, die Gespräche mit den *Béi-Chéz-Heinz*-Betreibern fortzuführen. Sollte das nicht selbstverständlich sein, meine Damen und Herren? Die Frage ist doch: Mit welchem Ziel sollen diese Gespräche geführt werden?

Das *Béi Chéz Heinz* hat mehrfach seine Bereitschaft zu weiterhin immenser Eigenleistung angeboten und ein Konzept auf den Tisch gelegt, wie der renommierte Musikclub am bisherigen Standort erhalten werden kann. Darüber muss gesprochen werden - denn der Erhalt eines solchen einzigartigen Angebots ist nicht nur möglich, sondern in einer von der UNESCO ausgezeichneten City of Music Hannover zwingend notwendig.

Beide angesprochene Punkte, das Freibad und das *Béi Chéz Heinz*, sind wichtige Bestandteile unseres Änderungsantrags. Sie sollten diesem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zustimmen, meine Damen und Herren, und so Klarheit für die Menschen vor Ort schaffen, anstatt sich mit allerlei Tricks um eine klare Positionierung herumzudrücken.

Richtig abgesichert wäre eine solche Zukunft des Fössebades natürlich nur, wenn Sie das Risiko einer unseriösen ÖPP-Finanzierung ausschließen. Auch hierzu liegt ein Antrag von uns vor, der durch ausschließliche Einbindung öffentlicher Partner Kosten senken und eine erweiterte demokratische Kontrolle ermöglichen würde. Stimmen Sie unseren Anträgen im Interesse der Menschen zu, und treffen Sie dadurch heute einen wegweisenden Beschluss für die Zukunft des Fössebad-Areals.“

Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE) hielt die Rede in der Ratsversammlung am 28. September 2017 vor der Abstimmung über den Neubau des Fössebades.

„Die Stadt ist in der Bringschuld, die vielfältige Kulturszene zu erhalten“



Jürgen Grambeck (49) ist Geschäftsführer des alternativen Veranstaltungszentrums *Béi Chéz Heinz*.

Die Landeshauptstadt will das erfolgreiche alternative Veranstaltungszentrum *Béi Chéz Heinz* im Keller des Fössebadades in Linden-Limmer schließen und zugleich Europäische Kulturhauptstadt 2025 werden. Der RATS KOMPASS sprach darüber mit Geschäftsführer Jürgen Grambeck.

RATS KOMPASS: Was versprechen Sie sich davon, dass Hannover Kulturhauptstadt werden möchte?

JÜRGEN GRAMBECK: Solche Highlight-Veranstaltungen können der Stadt einen enormen Impuls geben, aber auch ins Destruktive umschlagen. Ich nenne mal als Beispiel die Expo. So sollte man es nicht machen: Ein paar Highlights schaffen, aber für die breite Stadtgesellschaft kaum etwas bereitzuhalten, fördert nicht die Akzeptanz für solche Großevents. Da müssen Projekte entstehen, die zehn Jahre oder mehr tragen und den Menschen zugutekommen.

RATS KOMPASS: Können Sie ein Beispiel nennen?

GRAMBECK: Versteht man unter dem Begriff „Europäische Kulturhauptstadt“ nicht nur Theater und Musik, sondern vielleicht auch eine nachhaltige Stadtentwicklung, ist das Immezentrum ein Beispiel. Was kann man daraus für die Stadtgesellschaft entwickeln? Diese Frage könnte man angehen.

RATS KOMPASS: Die Landeshauptstadt darf sich seit drei Jahren mit dem UNESCO-Titel „City of Music“ schmücken. Trotz dieser Auszeichnung für Hannovers bunte Musikszene soll das *Béi Chéz Heinz* weichen.

GRAMBECK: Es gibt in Hannover nicht so viele Livemusik-Spielstätten. Eine davon ist das *Béi Chéz Heinz*, und die soll nun geopfert werden. Das passt nicht zusammen. Die Stadt ist in der Bringschuld, die vielfältige Kulturszene zu erhalten.

RATS KOMPASS: Die Stadt will doch für den Musikclub einen neuen Standort zur Verfügung stellen.

GRAMBECK: Wir führen diese Diskussion seit April 2016. Bisher hat uns die Stadt noch kein Angebot gemacht. Zum Anforderungsprofil für ein Veranstaltungszentrum mit 400 Besucherplätzen gehören um die 60 Pkw-Stellplätze und laut Bauverordnung 200 Fahrradstellplätze. Wir brauchen Busparkplätze für die großen Doppeldecker-Nachtliner-Busse, in denen die Bands anreisen. Und wir haben Lkw-Lieferverkehr. Ich möchte mal wissen, wo man einen solchen Standort in Hannover herkriegt. Ein Gewerbegebiet scheidet schon aus Sicherheitsgründen aus.

RATS KOMPASS: Die Stadt begründet die Schließungspläne mit dem Neubau des Fössebadades.

GRAMBECK: Die Stadt will ein neues Hallenbad bauen und danach das alte Bad abreißen, um dort nach ersten Überlegungen Wohnungen zu bauen. Diese Fläche ist aber nicht für den Wohnungsbau geeignet. Erstens gibt das der Flächennutzungsplan nicht her.

Zweitens: Um sich die Chance auf den späteren Bau eines Freibads zu bewahren, scheidet Wohnungsbau wegen der Lärm-Emissionswerte eines Freibads aus. Das gilt auch für das alternativ diskutierte Open-Air-Hallenbad mit Cabriodach. Spätestens dann halte ich die Lärm-Emissionswerte für ein Wohngebiet nicht mehr ein. Somit ist ein Grund für den Abriss des alten Fössebadades entfallen. Das bietet die Möglichkeit, das Gebäude neu zu denken.

RATS KOMPASS: Was sollte Ihrer Meinung nach mit dem alten Schwimmbadgebäude geschehen?



UNESCO City of Music - Welches Selbstverständnis ergibt sich aus einem solchen Titel?

GRAMBECK: Wir könnten uns vorstellen, das alte Gebäude zu nutzen, um daraus etwas für die hannoversche Kulturmusikszene zu entwickeln. Die Stadt könnte mit uns einen Pachtvertrag abschließen, von mir aus auch erstmal für fünf oder zehn Jahre. Das *Béi Chéz Heinz* bleibt unverändert im Keller, und das Gebäude wird zu einem Haus der Musik. Wir würden Räumlichkeiten für Musikschulzwecke und Musikübungsräume etablieren. Man könnte das Emil-Berliner-Museum da unterbringen, vielleicht auch ein Klangmuseum und eine Verleihstation für Musikinstrumente. Wir hätten weiterhin am Standort eine Cafeteria, eine Sauna und einen Gymnastikraum. Denn im neuen Schwimmbad gibt es das alles nicht mehr.

Das Interview führte Michael Fleischmann